

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Olaf in der Beek, Till Mansmann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Entwicklungszusammenarbeit zur effektiven Verhinderung des weltweiten Eintrags von Plastikmüll in die Meere nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Plastikmüll in den Weltmeeren ist eines der drängendsten globalen Probleme unserer Zeit. Wie viel Kunststoffabfall genau in den Meeren landet, lässt sich nicht seriös beziffern. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass derzeit jedes Jahr zwischen 4,8 und 12,7 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Meere gelangen (<http://science.sciencemag.org/content/347/6223/768>). Eine Grundproblematik besteht in der extrem langen Zerfallszeit von Plastikerzeugnissen. Bis zur vollständigen Zersetzung beispielsweise einer Plastikflasche können laut Bundesumweltamt 450 Jahre vergehen (<https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/plastik-vermuellt-die-meere-420522>).

Der im Meer treibende Plastikabfall sowie das daraus mit der Zeit durch Zerfallsprozesse entstehende Mikroplastik bringen gravierende Folgen für die maritime Fauna, die Nahrungsmittelversorgung, die menschliche Gesundheit, die Umwelt sowie für die Wirtschaft mit sich. Dies trifft in besonderem Maße auf Entwicklungsländer zu. Gerade dort ist die Abhängigkeit vom Fischfang sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch als Nahrungsgrundlage hoch (www.wwf.de/themen-projekte/meere-kuesten/fischerei/entwicklungslaender/). Darüber hinaus vermindert Kunststoffabfall an Stränden das touristische Potenzial und somit ein weiteres wichtiges Standbein vieler Entwicklungsländer. Der durch Plastikmüll in den Meeren allein für die Fischerei und die Tourismuswirtschaft von Entwicklungsländern entstehende Schaden ist enorm; die

Schadenshöhe bleibt unklar (www.worldfinance.com/markets/counting-the-cost-of-plastic-pollution).

Die Bekämpfung des (Plastik-)Mülleintrages in die Weltmeere ist daher eine vordringliche Aufgabe der internationalen Gemeinschaft. Entsprechend haben die Vereinten Nationen in Ziel 14 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDG) die Absicht festgehalten, die Meeresverschmutzung bis 2025 signifikant zu reduzieren. An diesem Ziel sowie an weiteren Vereinbarungen, wie dem Beschluss XIII/10 im Rahmen der Biodiversitätskonvention oder der Resolution 2/11 der UNEA, muss sich auch die Bundesregierung messen lassen. Neben verstärkten nationalen und europaweiten Anstrengungen in den Bereichen Müllvermeidung, Müllverwertung sowie Forschung muss die Bundesregierung vor allem dort ansetzen, wo der Eintrag von (Plastik-)Müll am effektivsten reduzierbar ist.

Die Eintragswege des Plastikmülls in die Meere sind vielfältig. Zu den wichtigsten zählen die Müllentsorgung auf offenem Meer sowie an Meeresküsten, schlecht gesicherte Deponien in den Einzugsbereichen von Flüssen und Küsten, unzureichend oder gar nicht geklärtes Abwasser sowie verlorene bzw. zurückgelassene Fischernetze. Zur effektiven Verminderung des Kunststoff-Mülls in den Meeren müssen die bedeutendsten Eintragswege identifiziert und abgeschnitten werden.

Jüngeren Erkenntnissen zufolge wird ein entscheidend großer Anteil des Plastikmülls über Flüsse ins Meer geschwemmt. Bisherige Untersuchungen gingen bereits davon aus, dass allein den 20 Flüssen mit der weltweit höchsten Kunststoffabfall-Belastung 67 Prozent des gesamten Plastikmüll-Eintrages in die Meere zuzuschreiben ist (www.nature.com/articles/ncomms15611). Einer neueren Studie zufolge stammen sogar bis zu 95 Prozent des weltweiten Plastikmüll-Eintrages in die Meere aus nur zehn Flüssen. Demnach erfolgt der größte Eintrag über den chinesischen Yangtse. Mit dem Indus (Indien, Pakistan), dem Gelben Fluss (China), dem Hai He (China), dem Nil (Sudan, Ägypten), dem Ganges-Flusssystem (Indien, Bangladesch), dem Perfluss (China), dem Amur (China, Russland), dem Niger (Mali, Niger, Nigeria) sowie dem Mekong (China, Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand, Vietnam) verlaufen sieben weitere der am stärksten mit Plastikmüll belasteten Flüsse durch Asien und zwei durch Afrika (<https://pubs.acs.org/doi/pdf/10.1021/acs.est.7b02368>).

Insgesamt gelangen über diese zehn Flüsse etwa 4 Millionen Tonnen Plastikmüll pro Jahr in die Meere. Da folglich eine vergleichsweise geringe Anzahl an Flüssen für einen überproportional großen Teil des Plastikmülleintrages verantwortlich ist, können Gegenmaßnahmen sowohl in den Einzugsgebieten dieser Flüsse als auch an den Gewässern selbst hocheffizient eingesetzt werden. Für die Bundesregierung sowie ihre internationalen Partner eröffnet dies die Möglichkeit, im Rahmen multilateraler Entwicklungszusammenarbeit der zunehmenden Vermüllung der Meere wirkungsvoll zu begegnen.

Einer der Hauptgründe für die hohe Kunststoff-Belastung einiger Flüsse besteht in der geringen Effektivität bzw. in der Abwesenheit von Abfall- und Kreislaufmanagementsystemen sowie Abwasser-Kläranlagen in vielen Anrainern. Es fehlt teils an finanziellen Mitteln, teils an technischem Know-how für die Schaffung entsprechender Infrastruktur. Bisweilen ist auch das nötige Problembewusstsein nicht gegeben. Schließlich sind mancherorts keine genügenden gesetzlichen Regelungen in Kraft oder diese werden nicht angemessen durchgesetzt. Weitere Gründe für die hohe Plastikmüll-Belastung einiger Flüsse sind die in der Nähe von Flussufern generell erhöhte Siedlungsdichte sowie oftmals gerade im Ödland an Flüssen aufgeschüttete Mülldeponien und wilde Müllkippen.

Die Anrainerstaaten der am stärksten mit Plastikmüll belasteten Flüsse müssen daher mit Nachdruck dazu aufgefordert bzw. intensiv dabei unterstützt werden, den Eintrag von Abfall und somit auch der Kunststoffe in die Flüsse künftig drastisch zu reduzie-

ren. Hierzu zählen vor allem der Aufbau effektiver Abfall- und Kreislaufwirtschaftssysteme und Kläranlagen bzw. die Stärkung bereits bestehender Infrastruktur, aber auch Unterstützung bei der Befreiung der Flüsse, Uferlandschaften und Flussmündungen von bereits in die Umwelt gelangten (Kunststoff-)Abfällen.

Das Recycling von Wertstoffen aus Abfällen ist unter den richtigen Voraussetzungen ein wichtiger Bestandteil einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Abfall- und Rohstoffwirtschaft. Aufgrund seines hohen Energiebedarfs kann es sich jedoch gerade in Entwicklungsländern, in denen der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix oft gering und der Anteil der Kohleverstromung tendenziell hoch ist, unter Klimaschutzgesichtspunkten als ineffizient erweisen. In diesen Ländern stellt die sichere thermische Verwertung meist die effizienteste und vergleichsweise sauberste Art der Abfallverwertung dar. Die Stromgewinnung ist überdies ein wichtiges Nebenprodukt vor allem in jenen Ländern, die unter einem Mangel an Elektrizität leiden.

Sowohl Unternehmen als auch Initiativen aus Deutschland bieten Technologien und Lösungen in den Bereichen Abfall- und Kreislaufwirtschaft, thermische Verwertung, Reinigung von Gewässern sowie Abwasserklärung an bzw. entwickeln diese kontinuierlich weiter. So unterhält beispielsweise die deutsche Organisation One Earth One Ocean e. V. das Reinigungsschiff SeeKuh, welches in Flussmündungen Plastikmüll einsammelt. Das deutsche Unternehmen INSIL plant den Bau einer Müllverwertungsanlage in Gambia, die sowohl eine thermische Verwertung, die Produktion von Elektrizität als auch die energetische Umwandlung der Abfälle in Flüssigtreibstoffe ermöglicht. Das Know-how solcher Initiativen und Unternehmen sollte in die Unterstützung der Anrainerstaaten mit einbezogen werden. Die Schaffung von Pilot- oder Leuchtturmprojekten kann die Entwicklung erforderlicher Technologien fördern, neue Lösungswege aufzeigen sowie das weltweite Bewusstsein für die Grundproblematik weiter schärfen.

Die EU-Mitgliedstaaten müssen Sorge dafür tragen, dass sie nicht indirekt zur Verunreinigung der Meere mit Plastikmüll über die erwähnten Haupteintrittspfade beitragen. Plastikabfälle aus Deutschland und der EU dürfen nicht auf Deponien in Entwicklungsländern landen. Die im Mai 2019 zwischen den Vertragsstaaten des Basler Übereinkommens vereinbarten verschärfte Regelungen zum Export von Plastikmüll weisen in die richtige Richtung. Sie müssen nun zügig in das EU-Recht übernommen werden.

Es gibt bereits vielversprechende Ansätze, wie die Blockchain-Technologie genutzt werden kann, um das globale Problem der Plastikverschmutzung zu lindern. Das Sozialunternehmen „Plastic Bank“ etwa hat bereits in zahlreichen Ländern Plastikabgabestellen eröffnet, an denen Sammlerinnen und Sammler Plastikabfälle gegen eine durch Blockchain personalisierte und somit nicht entwendbare Vergütung ihrer Wahl eintauschen können. Das Plastik wird gesammelt und an Unternehmen zur Wiederverwertung verkauft. Somit wird eine Wertschöpfungskette erzeugt und armen Bevölkerungsschichten ein Zuverdienst ermöglicht. Es ist zu erwarten, dass die schon jetzt signifikante Verbesserung – in Haiti etwa wurden bereits 32 Plastic Bank-Filialen eröffnet – mit der Weiterverbreitung der Blockchain-Technologie noch zunehmen wird.

Für eine wirksame Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen ist jedoch eine Kraftanstrengung nötig, die nur multilateral bewältigt werden kann. Der Bundesregierung kommt die Aufgabe zu, vor allem im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den europäischen Partnern auf internationale Lösungen zu dringen und auf die Schaffung und Implementierung entsprechender Programme und Initiativen hinzuwirken. Auf diese Weise kann sie einen effektiven Beitrag zur Minderung des Plastikmüll-Eintrages in die Weltmeere und somit unter anderem zu verbesserter, nachhaltiger Entwicklung leisten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. bestehende internationale Vereinbarungen zur Reinhaltung der Meere, wie beispielsweise im Rahmen der SDG, der UN-Umweltversammlung oder der Biodiversitätskonvention, konsequent umzusetzen und auf eine europäische Strategie zu Müllvermeidung, Müllverwertung sowie entsprechender Forschung hinzuwirken;
 2. auf europäischer Ebene unter Berücksichtigung des Beschlusses der Basler Konvention vom 10. Mai 2019 auf eine Angleichung der Regularien und Vorgehensweisen der Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 und der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 hinzuwirken;
 3. das UN Environment Programme (UNEP) stärker zu fördern, um jene Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit, die Anrainer der am stärksten mit Plastikmüll belasteten Flüsse sind, finanziell und technisch in die Lage zu versetzen, Abfall und insbesondere Kunststoffabfall aus den Flüssen, von den Flussufern sowie aus den Flussmündungen zu entfernen, nach Möglichkeit unter Einbeziehung von Initiativen und Unternehmen, die Lösungen zur Sammlung von Plastikmüll aus Gewässern anbieten oder entwickeln;
 4. auf die Schaffung eines multilateralen Programmes hinzuwirken, welches diese Länder dabei unterstützt, konkret in betroffenen Einzugsgebieten der Flüsse Sammel- und Entsorgungseinrichtungen für Abfall und insbesondere Kunststoffabfall zu errichten;
 5. auf eine besondere multilaterale Unterstützung dieser Länder bei der Stärkung bereits bestehender bzw. bei der Schaffung neuer Infrastruktur und Systeme der Abfall- und Kreislaufwirtschaft sowie im Bereich des Abwassermanagements hinzuwirken und diese Maßnahmen mittels Technologietransfer zu flankieren;
 6. Pilot- bzw. Leuchtturmprojekte in den Bereichen Abfall- und Kreislaufwirtschaft, thermische Verwertung, Abwasserklärung und Flussreinigung finanziell zu unterstützen und in Abstimmung mit internationalen Partnern zu begleiten;
 7. sich im Rahmen der erwähnten neu zu schaffenden multilateralen Programme auch für den verstärkten Einsatz sicherer thermischer Verwertung sowie für die Schaffung entsprechender Infrastruktur in den Flussanrainerstaaten einzusetzen, insbesondere dort, wo sich die Implementierung von aufwändigen Recycling-Systemen aus Gründen des Klimaschutzes nicht lohnt;
 8. Blockchain-Verfahren, wie zum Beispiel die Plastic Bank, die eine Verbesserung der Wertschöpfung und Weiterverarbeitung der Plastikabfälle bei gleichzeitiger personalisierter Vergütung der Sammlerinnen und Sammler ermöglichen, aktiv zu fördern;
 9. bei künftigen Regierungskonsultationen mit der Volksrepublik China die Problematik des Plastikmüll-Eintrages in Flüsse und Meere mit Nachdruck anzusprechen und auf die chinesische Regierung einzuwirken, die Flüsse, Flussufer und Flussmündungen des Landes zu säubern und den Eintrag von (Plastik-)Abfall in die Gewässer zu vermeiden. Diese Initiative sollte durch das Angebot begleitet werden, mit deutscher Expertise und deutschen Firmen zu unterstützen;
 10. eine internationale Geberkonferenz zur Reinigung der am stärksten mit Plastikmüll belasteten Flüsse sowie zur Säuberung der Weltmeere einzuberufen.

Berlin, den 5. März 2020

Christian Lindner und Fraktion